

EUROPÄISCHES PARLAMENT



**SONDERAUSGABE**

*DIREKTION PLANUNG  
DER PARLAMENTARISCHEN ARBEIT*

**EUROPÄISCHER RAT  
19. und 20. Juni 2003  
Thessaloniki**

**REDE DES PRÄSIDENTEN, HERRN PAT COX**



04/S-2003

*Generaldirektion Präsidentschaft*

DE

DE

(Intranet) <http://www.europarl.ep.ec/bulletins> (Special Edition 2003)  
(Internet) <http://www.europarl.eu.int/bulletins> (Special Edition 2003)

\\EPADES\PUBLIC\SOMMET\Thessalonique

# **REDE**

**des Präsidenten des Europäischen Parlaments**

**Herrn Pat COX**

**vor dem Europäischen Rat**

**in Thessaloniki**

**19. Juni 2003**

**Gesprochenes Wort**



Herr Präsident,

Präsident Giscard d'Estaing wird Ihnen morgen die Ergebnisse der Beratungen im Konvent vorlegen, schon heute aber möchte ich im Zuge der gestrigen ersten Debatte im Parlament ihm und seinen Kollegen im Konvent die besten Glückwünsche des Parlaments für das beachtliche Ergebnis übermitteln. Er und seine Kollegen haben einen Entwurf für einen Verfassungsvertrag erarbeitet, der klar und ausgeglichen ist, der auf einer einzigen Option beruht und der funktionieren könnte – die größtmögliche Bestätigung der Überzeugung des Parlaments von der Richtigkeit der Konventsmethode als einer offenen, inklusiven, auf Teilnahme bedachten und demokratischen Vorbereitung einer Regierungskonferenz.

Der Konvent ist auch innovativ – in Umfang und Inhalt bislang einzigartig. Eine Operation, die ursprünglich gedacht war, um verschiedene unerledigte Themen von Nizza aufzuarbeiten, und die anschließend ausgebreitet wurde, um etliche in Laeken aufgeworfene Fragen zu beantworten, hat nunmehr zu einer Mustervorlage für eine Verfassung geführt, die ein breites institutionelles Gleichgewicht vorsieht.

Der Entwurf schlägt die Rechtspersönlichkeit für die Union vor.

Er umfasst die Charta der Grundrechte.

Er vereinfacht die Beschlussfassungsverfahren und beseitigt die künstliche „Pfeiler“-Architektur.

Er sieht angemessene Kontrollen zur Wahrung der Subsidiarität vor.

Er bestimmt, dass Beratungen und Beschlüsse des Rates zur Gesetzgebung öffentlich erfolgen müssen.

Er legt eindeutiger als zuvor fest, wer wofür zuständig ist.

Er sieht eine vereinheitlichte außenpolitische Struktur unter einem Minister vor, der Ihnen gegenüber verantwortlich ist, dem Parlament gegenüber aber rechenschaftspflichtig ist.

Er weitet die Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit aus.

Er stärkt die Legitimität der Kommission.

Er erweitert die parlamentarische Kontrolle der Gesetzgebung – nationale Parlamente und Europäisches Parlament.

Er vereinfacht die Sprache und konsolidiert das vertragliche Regelwerk in griffiger Form.

Diese zwölf Errungenschaften stellen schon allein eine radikale Verbesserung im Vergleich zu unseren bestehenden Verträgen dar und gehen weit über die Erwartungen hinaus, die wir ursprünglichen vielleicht gehabt haben. Sie gehen auch weit über die Fortschritte hinaus, die bei früheren Regierungskonferenzen erzielt wurden. Bei den ersten Reaktionen im Europäischen Parlament wurde das Ergebnis umfassend begrüßt. Ich habe verschiedene Reaktionen von den Regierungen der Mitgliedstaaten verfolgt und verschiedene Kommentare in nationalen Zeitungen gelesen. Niemand ist zu 100% zufrieden. Jeder könnte sich bei bestimmten Artikeln verschiedene Verbesserungen vorstellen. Die Ausarbeitung eines ausgewogenen Entwurfs für ein Europa von morgen, an dem die nationalen Parlamente und Regierungen – als Vertreter von 28 souveränen Staaten mit glorreicher Vergangenheit –, die Europäische Kommission und das Europäische Parlament beteiligt waren, und die Erzielung eines kohärenten Ergebnisses ist jedoch eine Leistung, die nicht unterbewertet werden darf. Sie sollte nicht leichtfertig beiseite geschoben oder aufgeschürt werden. Diejenigen, die danach trachten, den erzielten breiten Konsens auszufasern, würden die Verantwortung für ein Ergebnis tragen, das der kleinste gemeinsame Nenner wäre – ein Ergebnis, das der Konvent gerade vermeiden wollte und auch zu vermeiden wusste.

Zusätzliche Arbeiten wurden angemahnt und der Konvent hat den entsprechenden Wunsch geäußert, seine Arbeiten an den Teilen 3 und 4 des Verfassungsvertrags in den ersten beiden Juli-Wochen abzuschließen. Ich hoffe, Sie werden dem Konvent die Genehmigung erteilen, seine Arbeit auf diese Weise fortzusetzen, vor allem in Bezug auf den dritten Teil des Vertrags zu den Politikbereichen der Union, worin Fragen aufgeworfen werden, die alles andere als technischer Natur sind. Wir hoffen, dass der Konvent Wege finden wird, um eine Blockierung der Beschlussfassungsverfahren der Europäischen Union aufgrund einer übertriebenen Inanspruchnahme des Veto-Mechanismus zu vermeiden. Auf diese Weise wird es ihm gelingen, die Kohärenz mit dem restlichen Text herzustellen, der der doppelten Herausforderung einer verstärkten Demokratie und größerer Effizienz entspricht.

Herr Präsident, ich weiß, dass Sie beabsichtigen, heute zu beschließen, zu einem späteren Zeitpunkt dieses Jahr eine Regierungskonferenz einzuberufen. Ich begrüße den Ansatz, dass die Konferenz von relativ kurzer Dauer sein soll und ihre Arbeiten rechtzeitig vor den Europawahlen 2004 abgeschlossen haben soll. Ebenso begrüße ich das Engagement des Ratsvorsitzes, dass die Beitrittsländer eine umfassende und gleichwertige Rolle in der Regierungskonferenz wahrnehmen sollen, ein Engagement, das wir energisch unterstützen.

Darüber hinaus möchte ich Sie bitten, zu prüfen, auf welche Art und Weise das Europäische Parlament am besten an den Arbeiten der Regierungskonferenz beteiligt werden kann. Es wird allgemein anerkannt, dass die parlamentarische Teilnahme an früheren Regierungskonferenzen wichtiger und konstruktiver Bestandteil dieser Konferenzen war. Ich gehe davon aus, dass es zur Logik des Fortschritts gehört, dass diese Rolle in den Bestimmungen, die Sie für die unter italienischem Ratsvorsitz einzuberufende Regierungskonferenz vorlegen werden, weiter ausgebaut wird. Ich fordere von Ihnen einen Beschluss, dem italienischen Ratsvorsitz einen breiten Freiraum zu gewähren, um diese Frage gemeinsam mit uns zu erörtern.

Es kommt darauf an, dass rechtzeitig vor den nächsten Europawahlen eine Einigung zum Vertrag erzielt wird. Unsere Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf, zu erfahren, worüber sie abstimmen, und zu wissen, welche Rolle dieses Parlament in einem erweiterten Europa haben soll. Ich hoffe auch, dass der neue Vertrag dazu beitragen können, dass aus den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament die ersten wirklichen *Europawahlen* werden.

Bei der Vorstellung des Textes vor dem Konvent am vergangenen Freitag sagte Präsident Giscard d'Estaing, der Text sei eingebettet in eine Mischung aus Furcht und Hoffnung und abgerundet mit ein wenig Träumerei. Diese dritte Zutat hängt von Ihrer Führerschaft ab.

\*  
\* \*

Den an diesem Tisch versammelten Führern sind die Mechanismen der Beschlussfassungsverfahren der Europäischen Union bestens vertraut. Wir müssen uns jedoch darüber im Klaren sein, dass außerhalb dieses Raumes die Europäische Union sich dem Vertrauen der Öffentlichkeit gegenüber sieht, das sie gewinnen muss. Wie auch immer der Vertrag selbst letzten Endes aussehen mag, die Begeisterung für das Projekt Europa wird nur dann neu entflammen, wenn Europa sich mit den Belangen unserer Bürgerinnen und Bürger auseinandersetzt und den Herausforderungen gewachsen ist. Unsere Wähler stehen Fragen nach Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit und Subsidiarität mit fröhlicher Gleichgültigkeit gegenüber; sie wollen, dass in den Bereichen Arbeit, Sicherheit und Frieden etwas passiert. Sie interessieren sich weniger dafür, wie wir den Input organisieren, als vielmehr dafür, wie es mit unserer Output-Leistung aussieht.

Ich begrüße daher den Umstand, dass Sie bei diesem Europäischen Rat auch Themen von direktem Belang für die europäische Bevölkerung behandeln werden. Europa befindet sich mitten in einer besorgniserregenden Erlahmung der wirtschaftlichen Tätigkeit. Der Umfang des europäischen Haushalts und die uns zur Verfügung stehenden Mittel bedeuten, dass die wirklichen Lösungen nicht auf europäischer, sondern auf nationaler Ebene zu finden sind. Im Rahmen der verfügbaren Mittel und unter Einsatz der bestehenden Instrumente einschließlich der EIB muss es aber möglich sein, Wachstumsinitiativen zu unterstützen und gleichzeitig die Gebote der finanziellen Stabilität zu beachten. Die Kommission sollte ermutigt werden, einen Aktionsplan für Wachstum vorzulegen, mit dem die Maßnahmen der nationalen Regierungen ergänzt werden könnten. Ich begrüße nachdrücklich die oberste Priorität, die der angehende italienische Ratsvorsitz dem Wachstum beizumessen gedenkt, da der italienische Außenminister sehr zu Recht darauf hinweist, dass es zwar kein Wachstum ohne Stabilität geben kann, dass es aber auch schwierig ist, Stabilität ohne Wachstum zu wahren. Wachstum wird sich allerdings erst dann einstellen, wenn die Mitgliedstaaten den Weg wirtschaftlicher Reformen einschlagen. Jene Mitgliedstaaten, die diesen schwierigen und manchmal schmerzhaften Prozess bereits eingeleitet haben, verdienen die politische und moralische Unterstützung der europäischen Institutionen, weil die wirtschaftliche Erholung Europas von ihren Bemühungen abhängen wird. Wir sollten nicht passiv auf einen Aufschwung in den Vereinigten Staaten warten, wir sollten vielmehr selber die Ärmel hochkrempeln.

Auf dem Europäischen Rat im Frühling haben Sie den drei Organen den Auftrag erteilt, eine Vereinbarung über eine verbesserte Abfassung von Gesetzestexten auszuarbeiten. Insbesondere Dank des griechischen Ratsvorsitzes und Herrn Yiannitsis haben wir einen guten Kompromiss gefunden, gerade weil die drei Organe erkannt haben, dass es über den engen institutionellen Vorrechten ein höherstehendes gemeinsames Interesse gibt.

Die derzeitige Vereinbarung ist eine wichtige Etappe, weil unsere Organe mit einem gemeinsamen Ansatz dargelegt haben, wie unsere Gesetzgebung besser und transparenter gestaltet und rigoroser in den Mitgliedstaaten angewendet werden kann und wie sie nach Möglichkeit in einen leichteren Regulierungsrahmen eingefügt werden kann, damit die Wettbewerbsfähigkeit Europas auf europäischer Ebene gesteigert und nicht unterminiert wird.

\*

\* \*

So wie die Verbesserung des wirtschaftlichen Regelungsrahmens nicht von der Ratifizierung eines Verfassungsvertrags abhängig gemacht werden sollte, genauso müssen wir jetzt Fortschritte in den vielschichtigen und miteinander zusammenhängenden Themen Einwanderung, Grenzen und Asyl erzielen. Es gibt so viel zu tun – und Sie wissen die Priorität dieser Bereiche zu würdigen – dass ich denke, die Kommission sollte ein breites Mandat erhalten, um eine Reihe von Initiativen in den kommenden Monaten zu entwickeln. Außerdem sollten Sie gemäß dem Programm von Tampere einen Zeitplan für einen Beschluss bis Mai 2004 aufstellen, und wir sollten gemeinsam einen angemessenen Haushaltsrahmen ausarbeiten, damit die Kosten einer gemeinsamen und effizienten Einwanderungspolitik gerecht geteilt werden. Mehr Europa und ein in höherem Maße strukturierter, kohärenter und konstruktiver europäischer Ansatz kann für die Mitgliedstaaten ein tatsächlicher Mehrwert sein, wenn es darum geht, diese komplexen politischen Themen voranzubringen.

\*  
\* \*

Herr Präsident, unser großes Projekt Erweiterung ist nunmehr auf den Weg gebracht. Der Prozess ist mittlerweile unumkehrbar geworden und hat durch die hervorragenden Ergebnisse der Volksabstimmungen in den Beitrittsländern eine weitere großartige Stimulierung erfahren. Das Parlament erlebt diese fünfte Erweiterung als einen Prozess in zwei Etappen. Wir haben das Zieldatum 2007 für den Beitritt Bulgariens und Rumäniens nachdrücklich begrüßt, und wir empfehlen einen klaren Zeitplan für den Abschluss der Verhandlungen.

Wir unterstützen die überarbeitete Beitrittspartnerschaft mit der Türkei und ermutigen die türkische Regierung, vor der Prüfung im kommenden Jahr energisch auf dem Weg der demokratischen Reformen fortzuschreiten.

Wir nehmen Hinweise auf neue diplomatische Tätigkeiten der Vereinigten Staaten zur Zypernfrage zur Kenntnis und begrüßen sie. Zypern ist jedoch in politischer und geografischer Hinsicht eine besondere Herausforderung für uns Europäer, weil die Insel auf beeindruckende Weise einen Mitgliedstaat, einen Beitrittsstaat und einen Staat, der dazu berufen ist, der Europäischen Union beizutreten, impliziert. Europa muss die Herausforderung annehmen und mit einem besonderen Kraftakt dafür sorgen, dass in den kommenden Monaten eine Regelung gefunden wird. Hilfe und Unterstützung von außen sind zwar willkommen, sie können aber keinen Ersatz für die europäische Führerschaft darstellen.

Bezüglich unserer künftigen Strategie für die westlichen Balkanländer hoffe ich in der Lage zu sein, auf der Sondertagung am Samstag Informationen über den Ansatz des Parlaments vorlegen zu können; die Vorbereitungen für die nächste Etappe der Erweiterung erfordern jedoch auch ein höheres Maß an Dringlichkeit in unseren Beziehungen zu unseren Nachbarn im südlichen Teil des Mittelmeers. Ich habe eng mit dem griechischen Parlamentspräsidenten Kaklamanis und dem Präsidenten der italienischen Abgeordnetenkammer Casini zusammengearbeitet, um sicherzustellen, dass die parlamentarische Dimension des Prozesses von Barcelona in eine neue Richtung gelenkt wird und bis zum Jahresende Gestalt annimmt.

Die transatlantischen Beziehungen stehen im Mittelpunkt unseres Interesses. Auf dem EU-USA-Gipfel nächste Woche werden Sie, Herr Präsident, und Herr Prodi Gelegenheit haben, den Beitrag Europas zur transatlantischen Diskussion über die Entwicklungsagenda von Doha, den Wiederaufbau im Irak und zu Themen wie Massenvernichtungswaffen und Naher Osten einzubringen. Zweifellos ist die Zeit gekommen, um Bereiche festzulegen, in denen der Beitrag der EU und unsere überaus beachtliche Erfahrung im Rahmen einer ergänzenden Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten einen sichtbaren und greifbaren europäischen Mehrwert für den Prozess bewirken könnten. In den Tagen vor diesem Gipfel werde ich Gespräche mit einer ganzen Reihe von Kongressführern vom Capitol Hill haben. Ich bin der festen Überzeugung, dass ein verstärkter Dialog zwischen den Gesetzgebern eine lebenswichtige Dimension für die Qualität der Beziehungen zwischen den Staaten darstellt. Der US-Kongress und – in immer mehr Bereichen der Politik – das Europäische Parlament sind echte kontinentale Gesetzgeber und Schlüsselgremien der Zustimmung für legislative Maßnahmen. Durch eine Anerkennung und Förderung dieses Dialogs könnte die Qualität der Beziehungen zwischen der EU und den Vereinigten Staaten verbessert und ausgebaut werden.

\*  
\* \*

Herr Präsident, lassen Sie mich zwei wesentliche Punkte aufgreifen.

Zunächst bin ich erfreut, dass der Rat Allgemeine Angelegenheiten am 16. Juni 2003 eine Einigung zur Satzung der europäischen politischen Parteien erzielt hat. Das Europäische Parlament hat heute abgestimmt, um diese Einigung zu bestätigen. Ich begrüße diese Satzung in besonderer Weise, weil sie zu der notwendigen Transparenz und Rechenschaftspflicht der europäischen politischen Parteien vor den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni nächsten Jahres beiträgt.

Bei unserem Treffen vergangene Woche habe ich angekündigt, Herr Präsident, dass ich die Frage nach einem gemeinsamen Statut für die Mitglieder des Europäischen Parlaments aufwerfen werde.

Eine Regelung, bei der die Mitglieder ein und desselben Parlaments 15 und demnächst 25 unterschiedlichen gesetzlichen und finanziellen Regelungen unterliegen, ist langfristig weder wünschenswert noch haltbar.

Ich bin der Überzeugung, dass die europäischen Organe nach europäischen Lösungen für europäische Herausforderungen suchen sollten. Am vergangenen 4. Juni sprachen sich 323 Mitglieder des Europäischen Parlaments und damit mehr als die qualifizierte Mehrheit von 314 Stimmen für ein Mitgliederstatut auf der Grundlage der Gleichbehandlung der Mitglieder aus. Gleichzeitig billigte das Präsidium des Europäischen Parlaments einstimmig eine Reform, mit der die Kostenerstattungsregelung transparenter und überprüfbarer wird und die zum ersten Mal überhaupt vorsieht, dass den Mitgliedern Reisekosten ausschließlich auf der Grundlage der tatsächlich entstandenen Kosten erstattet werden.

Ich bin mir mancher offener Themen zwischen Rat und Parlament durchaus bewusst, insbesondere der Themen Primärrecht und Besteuerung. Ich appelliere jedoch an Sie, dem Rat Allgemeine Angelegenheiten und dem Parlament ein positives politisches Signal zu senden und Ihre Entschlossenheit zu bekunden, einen ernsthaften Dialog zu diesen Punkten einzuleiten und dieses vielschichtige und langwierige Dossier, das im Parlament eine Zustimmung durch die Mehrheit und im Rat eine qualifizierte Mehrheit benötigt, abzuschließen.

Ich möchte Sie einladen, uns in dieser Frage zu unterstützen, um jetzt in aller Dringlichkeit die richtigen Voraussetzungen für die Erlangung der notwendigen qualifizierten Mehrheit im Rat zu schaffen. Um mit Elvis Presley zu reden, es ist wirklich „now or never“, jetzt oder nie. Ich fordere Sie auf, sich eindeutig zu diesem Thema zu äußern, damit wir diese Frage ein für allemal entscheiden können.

\*  
\* \*

Abschließend möchte ich Ihnen, Herr Präsident, sowie ihren Ministern und Beamten für die ausgezeichnete Arbeit des Vorsitzes und die bemerkenswerte Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament danken. Sie haben die schwierigeren Fragen auf besonnene und effiziente Art und Weise gemeistert und echte Fortschritte erzielt: Finanzierung der Erweiterung, Liberalisierung der Energiemärkte, politische Rahmensetzungen zum Westlichen Balkan, Zinsbesteuerung, Verwaltungsreform. Sie haben Fortschritte erzielt, weil Sie im Interesse der Gemeinschaft gehandelt und das höchstmögliche Kompromissniveau angestrebt haben. Und all dies in einer äußerst schwierigen internationalen Lage, die uns sehr leicht hätte aus der Bahn werfen können.

Die Forderungen Europas an den griechischen Ratsvorsitz finden in Thessaloniki allerdings noch nicht ihr Ende. Wir hoffen, dass es uns gelingen wird, in den verbleibenden Tagen zu einigen der Themen, die ich Ihnen gegenüber erwähnt habe, einen Durchbruch in letzter Minute zu erzielen, wie wir es schon so oft erfolgreich praktiziert haben.

Vor allem aber, Herr Präsident, wird Ihr Vorsitz als derjenige in Erinnerung bleiben, bei dem der Startschuss für eine neue Verfassung für ein neues Europa gegeben wurde. Gestatten Sie mir, die Rede von Perikles an die Athener mit folgenden Worten zu paraphrasieren:

*„Wir [Europäer] entscheiden selbst über öffentliche Fragen oder sind wenigstens darum bemüht, zu einem klaren Verständnis dieser Fragen zu gelangen, in der Überzeugung, dass es nicht die Diskussion ist, die ein Hindernis für das Handeln darstellt, sondern eher die Tatsache, dass wir keine Information durch eine Diskussion erhalten haben, bevor die Zeit zum Handeln gekommen ist.“*

Möge der Europäische Rat durch die Diskussionen im Konvent informiert werden und möge er erkennen, dass die Zeit zum Handeln nunmehr gekommen ist.